

Die FPÖ nähert sich der Macht

Die Krise der Regierung und die Präsidentschaftswahlen könnten zu vorgezogenen Neuwahlen führen. Eine Regierungsbeteiligung der FPÖ wird wahrscheinlicher. SPÖ und ÖVP rittern darum, wer den Koalitionspartner für Strache machen darf. Die FPÖ in der Regierung ist gefährlich – doch v.a. ist es ihre Politik, auch wenn sie „nur“ von SPÖ/VP umgesetzt wird.

Seite 2

USA: Bewegung gegen Trump

Die Wahl von Trump schockte Millionen weltweit. SozialistInnen rufen zur Einheit im Kampf aller sozialer Bewegungen auf – angefangen bei Black Lives Matter über den Kampf für Rechte von MigrantInnen, die Frauenbewegung und die Gewerkschaftsbewegung. Über Hintergründe und Widerstand berichtet Ginger Jentzen aus Minneapolis.

Seite 12

Schwerpunkt

Lange Zeit galt Österreich als Hafen politischer Stabilität. Dies ist nun vorbei. Noch nie war die Notwendigkeit einer echten, linken Alternative so offensichtlich wie heute.

Seiten 7–10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 254 | 12.16 / 01.17

Es ist höchste Zeit, dass wir uns wehren!

Einer der beiden Kandidaten der Wirtschaft hat mit Van der Bellen die Präsidentschaftswahl gewonnen. Er wird sich aus der Tagespolitik raushalten. Doch genau von dieser ist auch künftig nichts Gutes zu erwarten. Die Botschaft der Herrschenden: „Wir müssen sparen“. Und zwar bei Schulen, Spitälern, in der Kinderbetreuung, bei den Pensionen. Die Einmalzahlung an PensionistInnen von 100,- ist eine Verhöhnung der vielen älteren Frauen, die von Armut betroffen sind. Die jüngste Bildungsreform wird sich bald als Kürzungsmaßnahme entpuppen.

losigkeit steigt weiter und angesichts der mageren Lohnabschlüsse brauchen immer mehr Sozialleistungen. Die Unternehmen rufen nach Steuerentlastung und Lohnsenkung. Um das zu finanzieren, sollen wir zahlen. Daher die Propaganda gegen Mindestsicherung und Arbeitslose. Glaubt man der Darstellung durch Medien und Regierungen, dann ist die Mindestsicherung unfinanzierbar. Allerdings macht sie weniger als 1% der Sozialausgaben aus. Die Aufrüstung der Seilbahnen (!) kostet mehr als die Mindestsicherung



Alle Parteien im Parlament sind in einer Frage gleich: Sie machen Politik für die Elite und die Reichen!

Im Visier der Herrschenden, egal welcher Partei, sind die Sozialausgaben. Klar, die Wirtschaftskrise ist eben nicht vorbei. Die Arbeits-

losigkeit steigt weiter und angesichts der mageren Lohnabschlüsse brauchen immer mehr Sozialleistungen. Die Unternehmen rufen nach Steuerentlastung und Lohnsenkung. Um das zu finanzieren, sollen wir zahlen. Daher die Propaganda gegen Mindestsicherung und Arbeitslose. Glaubt man der Darstellung durch Medien und Regierungen, dann ist die Mindestsicherung unfinanzierbar. Allerdings macht sie weniger als 1% der Sozialausgaben aus. Die Aufrüstung der Seilbahnen (!) kostet mehr als die Mindestsicherung

bei 150 Millionen. Großbetriebe wie Siemens oder Verbund haben ihre Gewinnprognose für 2016 angehoben. Geld ist da, doch das wird von den KapitalistInnen lieber als Dividende ausgeschüttet, für hohe Managementbezüge ausgegeben oder für bessere Investitionszeiten auf die Bank gelegt. Die Propaganda gegen die Armen ist v.a. ein

Ablenkungsmanöver, um nicht über den obszönen Reichtum der Reichen zu reden. Bei den Ordensspitälern, im Sozialbereich und bei den Beschäftigten im Werbe-KV (und vielen mehr) gibt es Unmut über die miese Einkommenssituation. Und es gibt Widerstand gegen die Sozialkürzungen. Wir alle sind von der gleichen Kürzungspolitik betroffen –

wehren wir uns auch gemeinsam dagegen.

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Geld für Bildung und Soziales statt für Banken und Konzerne!
- Für einen gewerkschaftlichen Protesttag als ersten Schritt, um das Geld endlich von den Reichen zu holen!

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Die Amis wählen den Trump, „wir“ haben den Hofer verhindert. Die Wahlmotive der Clinton/VdB bzw. Trump/Hofer-WählerInnen waren so unterschiedlich nicht. Der Wunsch nach Veränderung ist zentral. Was nicht bedeutet, dass die jeweils anderen zufrieden mit dem aktuellen Zustand sind. Sie finden nur die angebotene Veränderung mehr erschreckend als attraktiv. Es gab wohl kaum eine Wahl in der Geschichte, bei der weniger Menschen FÜR einen Kandidaten gestimmt haben als diesmal. Nicht einmal die WahlhelferInnen des bürgerlich-neoliberalen VdB waren von ihm überzeugt. Begeisterung schaut anders aus.

Doch hinter der Erleichterung darf nicht übersehen werden, dass fast die Hälfte jener, die gewählt haben (bzw. wählen durften) bereit waren, ihre Stimme einem rechtsextremen Sexisten zu geben. Und dass die FPÖ auch bei der Sonntagsfrage bezüglich Nationalratswahl in den Umfragen führt.

Den Trump nochmal verhindert

Von einer Niederlage der FPÖ zu sprechen, ist also bestenfalls eine Momentaufnahme. Die Gründe, die Hofer, Trump & Co. stark machen sind unverändert. Und wenn VdB Wort hält – und davon ist auszugehen –, dass er alles so weitermachen wird wie bisher, dann macht er sich damit real zum Wahlhelfer für die FPÖ.

„GewerkschafterInnen für VdB“ haben 40.000 Flugblätter österreichweit verteilt, gerade auch vor Industriebetrieben. Warum gibt es so starke Mobilisierungen nicht auch bei anderen Themen? Für Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn oder für eine Reichensteuer? Durch solche Mobilisierungen und mit offensiven Lohnverhandlungen wäre die Gewerkschaft viel eher in der Lage, etwas gegen die Grundlagen für den Aufstieg der rechten Hetzer zu tun. Also gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Überarbeitung. So kann man Hofer & Co nämlich nachhaltig verhindern.

Impressum, Offenlegung lt. § 25 des Mediengesetzes:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Die SLP ist eine politische Partei, deren Vertretung nach Außen durch Bundessprecherin Sonja Grusch erfolgt. Die Redaktion der Zeitung VORWÄRTS hat Sonja Grusch inne. | **Grundlegende Richtung:** Sozialistische Information im Sinne der Programmatik der SLP | **Sitz der Partei:** 1200 Wien, Pappenheimgasse 2/1 | **Auflage:** Je nach Thema unterschiedlich | **Druck:** digiDruck.at, 1100 Wien, **Herstellungs- und Verlagsort:** Wien | **DVR:** 0820202 | **Zulassungs-Nr.:** 327808W97U | **Abo-Zahlungen & Spenden:** IBAN: AT 256000000000 8812733 | **BIC:** OPSKATWW



Neuwahlen und FPÖ-Regierung?

Fix ist nichts, doch die Krise der Regierung und die Präsidentschaftswahlen könnten zu vorgezogenen Neuwahlen führen. Egal,

Widerliche Angriffe, die v.a. Frauen und Kinder treffen. Die ÖVP arbeitet Hand in Hand mit der FPÖ als Speerspitze

talistInnen zu langsam. Die Industriellenvereinigung ruft nach dem 12-Stunden-Tag, Senkung der Lohnnebenkosten und Kürzungen bei den Ärmsten – um Löhne zu drücken, Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und letztendlich ihre Profite in Zeiten der kapitalistischen Krise zu sichern.

Ob ein Ende mit Schrecken oder ein Schrecken ohne Ende: Die FPÖ nähert sich der Macht.

wann gewählt wird: Eine Regierungsbeteiligung der FPÖ wird wahrscheinlicher. Und FPÖ-Politik wird ohnehin schon die ganze Zeit gemacht. Was wir zur Zeit erleben, ist eine Welle von sozialen Angriffen und Kürzungen – besonders rund um die Bedarfsorientierte Mindestsicherung: Kürzungen bei Flüchtlingen, Deckelung auf 1.500€...

des sozialen Kahlschlags. Auch die SPÖ ist entgegen aller Rhetorik bereit, bei den Ärmsten zu sparen. So redet z.B. „Sozial“-Stadträtin Sonja Wehsely davon, die Mindestsicherung auch auf Sachleistungen zu orientieren – also weniger Geld, dafür aber mehr Gutscheine zu verteilen.

Doch trotz aller Kürzungen geht es den Kapi-

Mit blau-schwarz liebäugeln viele in der ÖVP – und auch Kern gibt sich betont freundlich im „Streitgespräch“ mit Strache. Die FPÖ in der Regierung ist gefährlich – doch v.a. ist es ihre Politik, auch wenn sie „nur“ von SPÖVP umgesetzt wird. Wir brauchen eine Alternative zu diesem ganzen Mist!

Stefan Gredler

Die grausige Bilanz von schwarz-blau

Von 2000–2005 trieb die schwarz-blaue Regierung ihr Unwesen. Angesichts der Grauslichkeiten der nachfolgenden „großen“ Koalition ist vieles in Vergessenheit geraten: Korruption und Freunderlwirtschaft erreichten neue Höhepunkte, die uns bis heute mit zahlreichen Prozessen (und Verurteilungen) begleiten. In einer massiven Privatisierungswelle wurden Bundeswohnungen, Austria Tabak und andere staatliche

Unternehmen verschleudert. Durch die Pensionsreform werden die wenigsten von ihrer Pension gut leben können und Altersarmut wird zum Massenphänomen. Bei Bildung wurde u.a. durch Studiengebühren der Zugang eingeschränkt. Im Gesundheitswesen wurde bei Vorsorge und Rehabilitation gekürzt. Die FPÖ ist heute eine andere? Stimmt nicht: In Wels und Oberösterreich macht sie dort weiter, wo sie 2005 aufgehört hat.

Wie können wir die Angriffe und kommenden Gefahren verhindern?



Jede künftige Regierung wird den Druck der KapitalistInnen umsetzen: die Angriffe auf Löhne, Sozialleistungen und Arbeitslose werden zunehmen. Von der politischen und sozialen Krise profitiert v.a. die extreme Rechte. Das soziale Gehabe der FPÖ setzt bei den realen Problemen an – und gibt rassistische Scheinantworten. Die anderen Parteien können nicht kontern, weil ihre Politik schuldig daran

ist, dass die Lebensrealität für immer mehr Menschen schwierig wird und sich immer größere Teile von „den PolitikerInnen da oben verarscht“ vornehmen. Wenn wir der rechten Gefahr den Wind aus den Segeln nehmen wollen, müssen wir selbst eine politische Alternative der ArbeiterInnen und Jugendlichen und kämpferische Gewerkschaften aufbauen und es mit dem kapitalistischen System selbst aufnehmen.



Der Staat rüstet auf

Bundesheer und Polizei als bewaffnete Einheiten des Staates sind dazu da, die Interessen der Herrschenden gegen Protes-

wachung und Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte, sondern Aufrüstung insgesamt ist wieder angesagt.

fortschrittliche, organisierte Art (Demos, Streiks) oder auch auf reaktionäre Art („Bürgerwehren“, Randalen). Ein hoher Mi-

neuen originären Aufgabe des ÖBH in der Bundesverfassung zur Vorbereitung auf Einsätze im Rahmen der Umfassenden Inneren Sicherheit.“ Einerseits bringt die Aufrüstung Riesenprofite für Unternehmen (z.B. Glock). Andererseits ist auch Österreich ein imperialistisches Land mit Unternehmen, die Profite v.A. am Balkan machen (z.B. Raiffeisen). Dieses Kapital will geschützt werden. Deshalb beteiligt sich Österreich verstärkt am imperialistischen Militarismus. Der militärischen Aufrüstung auf Seite der Herrschenden müsste eine politische Aufrüstung auf unserer Seite durch sozialistisches Programm, Strategie und Methode entgegengestellt werden.

Helga Schröder

Die Furcht vor Unruhen und sozialen Bewegungen lässt die Herrschenden verstärkt nach der Waffe greifen.

te von unten zu verteidigen. Ex-Verfassungsschutz-Leiter Gert R. Polli spricht hier Klarheit: „Österreich bereitet sich auf soziale Unruhen vor“. Minister Doskozil (SPÖ) steht für diesen Kurs. Terror und dessen Opfer (Flüchtlinge) liefern nach dem Sparkurs Argumente für Aufrüstung. Nicht nur Rassismus, Repression, Über-

Gemeinsam mit Innenminister Sobotka (ÖVP) hat Doskozil ein „Sicherheitspaket“ geschnürt. Terroranschläge werden damit nicht verhindert, sind aber das „Argument“. Das Geld für die Polizei, das wir bezahlen, heißt „Terrormilliarde“. Wirkliche Sicherheit gibt es aber nur durch soziale Sicherheit! Soziale Misere, Perspektivlosigkeit erzeugen Unruhen – auf

litär nennt als kommende Einsatzbeispiele u.a. „gegen Österreich gerichtete Großdemonstrationen“. „Österreich“ bedeutet hier: die Herrschenden!

So beschloss die Regierung im September, das Bundesheer mit mehr Kompetenz nach innen auszustatten. Im gemeinsamen Ministerratsvortrag von Doskozil und Sobotka heißt es: „Schaffung einer

„Crowd Control“ gegen Klassenkampf

Es geht Richtung Berufsheer: Mehr längerdienende SoldatInnen, Lebenszeitanstellung, in den kommenden vier Jahren 3.800 neue BerufssoldatInnen. Spezialisierung: 6. Jägerbrigade wird zum Kommando Gebirgskampf mit Ausbildungsaufgabe für die EU, eigene hunderte Mann starke Truppe für das Militärkommando Tirol und fixer Hubschrauberstützpunkt in Vomp, Investitionen in Aufklärung und Cyberdefence.

Bei Heereseinkäufen geht es um CRC-Ausrüstung (Crowd-and-Riot-Control – Einsatz gegen Menschenansammlungen – Demos etc.). Das Bundesheer war damit u.a. in Bosnien. Gekauft werden u.a. 18 Stück Allschutz-Transportfahrzeuge „Dingo“ plus 16 Stück zusätzliche Waffenstationen, 22 Stück Geschütztsee Mehrzweckfahrzeuge „Husar“ und sieben Stück Mannschaftstransportpanzer „Pandur“.

Im April kündigte Innenminister Sobotka an, dass die Polizei bis 2020 mehr als eine Milliarde Euro zusätzlich bekommen wird – für 1.500 Neuaufnahmen heuer, bis 2020 weitere 2.000 sowie 250 zusätzliche Planstellen für die Verwaltung und 500 Neuaufnahmen im Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl. Heeresminister Doskozil verkündete, dass das Bundesheer bis 2020 zusätzlich 1,3 Milliarden Euro bekommt.

Die Polizei schafft hunderte Sturmgewehre (für jede Funkstreife), Hubschrauber und Panzerfahrzeuge an. Außerdem: Sicherheitsbürger, Sicherheitsgemeinderäte, Community-Polizisten, Community-Referenten, Präventionsbedienstete, Sicherheitspartner. Vorreiter ist mit „Sicherheitspartnern“ rot-blau im Burgenland. Wer profitiert? Eine private Sicherheitsfirma. Auch Rechtsextreme agieren in solchen „Sicherheitsstrukturen.“

Der rechte Rand

Das offizielle Parteiorgan der FPÖ ist die wöchentlich erscheinende „Neue freie Zeitung“. Darüber hinaus erscheinen noch zahlreiche andere Blätter des rechten und rechtsextremen Lagers. So z.B. in Oberösterreich „Info-DIREKT“, das Putin und Assad unterstützt. Herausgeber ist der „Verband für Meinungsfreiheit und unabhängige Publizistik“, dessen Obmann Karl Winkler auch Vorsitzender der rechtsextremen „Österreichischen Landsmannschaft“ ist. Ebenfalls aus Oberösterreich kommt der „Wochenblick“, der durch Schlagzeilen wie „Muslime machen Jagd auf Christen“ auffällt. Diese Zeitschrift gehört der „Medien24 GmbH“, deren Eigentümer ein ehemaliges FPÖ Mitglied ist.

Sowohl „Info-Direkt“ als auch „Wochenblick“ orientieren sich stark an Zeitungen wie „Heute“. So kann man in ihnen Horoskope, Kochrezepte oder Sportartikel finden. Beide werden regelmäßig gratis verteilt. Genau das macht sie so gefährlich. Da werden hinter scheinbar harmlosen Artikeln Verschwörungstheorie und rechtsextremes Gedankengut verbreitet.

„W o c h e n b l i c k“ kommt trotz Gratis-Verteilung fast ohne Inserate aus, die wenigen Inserate, die zu finden sind, kommen von der FPÖ Linz, dem RFJ ÖÖ und der freiheitlich regierten Stadt Wels. Woher diese Zeitschriften ihr Geld haben ist unklar, doch allein schon der Druck dieser Hochglanzmagazine zeigt, dass es in der rechten Szene sehr viel Geld gibt. Ob es von reichen Einzelpersonen und Unternehmen kommt oder über Parteien aus Steuergeldern abgezweigt wird: Dass solche rechten Schmutzblätter über ihre Geldgeber schweigen, ist bezeichnend.

Nicolas Prettnr

Nach London und Paris streikten in Turin am 8. Oktober erstmals 50 der 300 ZustellerInnen des deutschen Essenslieferanten foodora. Auslöser war der neue Arbeitsvertrag. Foodora strich das feste Einkommen von fünf Euro/Stunde, bezahlt soll nur mehr pro Lieferung werden. Gefordert wurde ein Gehalt von 7,50 Euro/Stunde sowie ein Euro pro Lieferung. Gestreikt wurde unter dem Motto „foodora et labora“ mit den eigenen Fahrrädern, die für die Lieferungen benötigt werden. Der Widerstand erhielt sehr viel Solidarität, sowohl unter der Kundschaft als auch bei den FahrerInnen aus Mailand. Lokale Zeitungen be-

**Frisch gekämpft
ist halb gewonnen!**

richteten ausführlich über die Proteste. Die kreative Umgestaltung des Firmenlogos führte zum Shitstorm gegen foodora in sozialen Medien. Aber man blieb nicht im Internet: der Kampf war mit lokalen Versammlungen und Straßenaktionen verbunden. Dabei wurden Flugblätter mit den Forderungen verteilt, u.a. in den Restaurants, die mit foodora Geschäfte machen. Der Nachricht folgte ein Boykott, dem sich lokale Restaurants anschlossen. Eine Gruppe besuchte den Hauptsitz der Firma, das Management sperrte sich daraufhin für drei Stunden selbst ein. Es gab kleine Zugeständnisse bei der Bezahlung pro Lieferung. Aber die sich modern und hyp gebende Firma, die Leute bei einer App anstellt, reagierte, wie es Kapitalisten halt tun: mit de facto Kündigung der Verträge (die FahrerInnen erhalten keine Aufträge mehr). Der Widerstand geht also weiter.

Alois Hofer



Sozialbereich: Vernetzen und aktiv werden!

Am 23. Oktober begannen die KV-Verhandlungen im privaten Sozialbereich. Um dabei Druck von un-

lich gut und sicher arbeiten zu können, braucht es all das. Durch die Folgen der kapitalistischen Kri-

Limit gehen – dann ist das nicht nur anstrengend, sondern auch ungesund und gefährlich. Die Forderungen nach Verbesserungen stehen nicht im leeren Raum, sondern bauen auf Erfahrungen von KollegInnen auf.

Um tatsächlich effektiv zu sein, muss die Basis der Proteste ausgebaut werden. Wie schaffen wir das? Es gibt viele Wege – fast alle bedeuten Vernetzung. Gespräche mit KollegInnen oder KlientInnen über ihre Erfahrungen, Probleme oder ein gemeinsames Treffen mit dem Betriebsrat sind gute Anfänge. Eine gute Grundlage für so ein Gespräch kann eine Unterschriftenliste mit Forderungen wie denen von

„Sozial, aber nicht blöd“ sein. Natürlich kann es nicht nur beim Unterschriften-sammeln und Reden bleiben! Lade deine KollegInnen, KlientInnen und FreundInnen zu Aktionen, Vernetzungstreffen und Demonstrationen ein. Schon eine kleine Kundgebung oder Verteilaktion kann ein wichtiger Schritt sein. Wir können uns nicht einfach auf Verhandlungen hinter verschlossenen Türen verlassen, bei denen wieder nur ein fauler Kompromiss raus kommt! Wir müssen zeigen, dass es uns nicht egal ist – und wir können auch nicht auf Initiativen der Gewerkschaftsführung warten. Vernetze dich und werde aktiv!

Nikita Tarasov

Die Wut über Niedriglöhne und mangelnde Ressourcen ist groß – Bündeln wir sie!

ten auf die VerhandlerInnen aufzubauen, organisierten AktivistInnen der Initiative „Sozial, aber nicht blöd“ und der SLP eine Aktion vor der ÖGB-Zentrale. Wir forderten eine KV-Erhöhung von 4%, aber mind. €150, eine Arbeitszeitverkürzung auf 35h/Woche ohne Lohnverluste und einen Kampf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. Um tatsäch-

se, z.B. Krieg, Armut und Obdachlosigkeit, wächst auch der Bedarf im Sozialbereich, aber bei nicht ausreichender Finanzierung eben auch der Druck auf uns SozialarbeiterInnen. Wenn etwa eine Wärmestube für Wohnungslose im Winter immer mehr KlientInnen hat, mehr BetreuerInnen aber nicht vorgesehen sind, und die, die schon da sind, eh ans



Sechs Euro, ein Kinderpunsch und kalte Füße

Eine Bekannte betreut bis spät abends einen Stand am Weihnachtsmarkt. Vielen macht die Arbeit anfangs Spaß, weil sich die BesucherInnen gut gelaunt durch die Märkte tumeln. Oft ist aber nichts los – in der Hütte zu lesen oder das Handy zu gebrauchen, ist aber untersagt.

Bitterkalt ist es immer, oft regnet es auch und trotz eines kleinen Heizstrahlers sind die Füße am Ende des Tages eiskalt. Gearbeitet wird sechs

Tage die Woche jeweils neun Stunden (=54 Stunden). Angestellt ist meine Bekannte allerdings für 1.100 Euro netto für eine 40-Stunden Woche. Wie genau die Abrechnung von Arbeits- und Überstunden durchgeführt wird, ist vielen unklar. Als die Kasse nicht stimmte, musste sie den fehlenden Betrag aus eigener Tasche begleichen. Umgeben von Köstlichkeiten bekommt sie nur einen gratis Kinderpunsch täglich. Hinter

der kleinen Bude steht eine große Firma, in ihrem Fall das Gastronomieunternehmen Eleven Gastro und Service GmbH, die u.a. auch das Salettl im Alten AKH in Wien betreibt. Als sie krank wurde, wurde sie gekündigt, „durfte“ dann aber wieder arbeiten, als sie wieder gesund war – wie großzügig. Apropos: Ein Punsch kostet 3,80. Nach einem Tag hat so ein Stand 2000 Euro eingenommen.

Shona Thompson

Linz: Solidarität mit KurdInnen & HDP

In der Nacht des 3. November startete Erdoğans AKP-Regime eine neue Repressionswelle gegen die türkisch-kurdische Linkspartei HDP. Zahlreiche Abgeordnete (und davor auch Bürgermeister) wurden verhaftet. Einrichtungen der HDP, der kurdischen Bewegung und der Linken werden vom Regime attackiert. Diese neue Eskalation ist ein weiterer Versuch Erdoğans, seine Macht zu festigen und die Linke und die ArbeiterInnenbewegung zu zerschlagen. Die SLP und unsere türkische Schwesterorganisation Sosyalist Alternatif sind solidarisch mit den Betroffenen der Repression. Wir meinen: Jetzt braucht es internationalen Widerstand und auch Druck gegen die, die Erdoğan stützen, wie EU und österreichische Regierung.

So haben wir auch am Linzer Taubenmarkt am 8. und 15. November gemeinsam mit zwei türkisch-kurdischen Vereinen zwei aufeinanderfolgende Solidaritätskundgebungen abgehalten. Mehrere kämpferische Reden stellten klar, auf welcher Seite wir stehen. Auch Beiträge und Stellungnahmen in türkischer Sprache wurden vorgelesen. Es wurde sogar mitten am Taubenmarkt gemeinsam zu kurdischer Musik getanzt. Ein SLP-Aktivist und Moderator der

Kundgebung kommentierte das über die Lautsprecheranlage so: "Diese Musik, dieser Tanz ist das beste Symbol für die Perspektive einer positiven Zukunft, für die die linke Bewegung in der Türkei und Kurdistan steht. Sie sind es nämlich, die für eine Zukunft kämpfen, in der alle Kulturen und ethnischen Gruppen frei sind, alle Menschen in Wohlstand und sozialer Sicherheit leben können und niemand Angst vor Polizeigewalt haben muss."

Die Solidarität war auch hier von Nutzen. Die Zusammenarbeit mit der linken türkisch-kurdischen Community wurde verstärkt. "So muss Solidarität in der Praxis aussehen", meinten viele AktivistInnen.

Bei einer Diskussionsveranstaltung danach beschäftigten wir uns dann näher mit der Situation in der Türkei und Kurdistan und der Position der HDP. Darin meinte Manuel Schwaiger (SLP Gmunden) treffend: „Der einzige Weg, die Kurdistan-Frage zu lösen, ist das Bündnis mit der türkischen ArbeiterInnenklasse!“

Wir werden weiterhin die Entwicklungen im Auge behalten, uns in Solidarität üben und den gemeinsamen Kampf mit unseren türkischen und kurdischen KollegInnen organisieren.

Jan Millonig



Vorwärts & SLP : Das Fest

...Und es hat sich viel getan, seitdem das CWI vor 35 Jahren nach Österreich kam. Nachdem die SLP seit Jahren eine führende antifaschistische Kraft in Österreich ist, sich gegen

10. Bezirk in Wien war ein voller Erfolg! Autor und Ex-Vorwärtsler Andreas Pittler las aus seinem Buch "Tatort Gemeindebau", gefolgt von Singer und Songwriterin Laura Rafetseder,

eine) wurde ein Überblick über unsere Aktivitäten gegeben – nicht alle, da wäre die Schrift zu klein geworden. Sehr beeindruckend! Es kamen auch AktivistInnen vom Aufbruch

35 Jahre sind vergangen, seit die Gruppe „Vorwärts“ entstanden ist, aus der die SOV und dann die SLP wurde.

AbtreibungsgegnerInnen, Homophobe, und Fundamentalisten aller Religionen stellt, und zwar jede Woche und regelmäßig, haben wir uns auch mal einen Samstag genommen, um 250 Ausgaben des Parteiorgans „Vorwärts“ und 35 Jahre unserer Geschichte zu zelebrieren. Das Fest am 5.11 im

Rot Wild und Knov bis dann Kid Pex die Bühne rockten. Neben Getränken und Essen wurden auch gemütlich diverse Diskussionen geführt. Neben Exemplaren von allen 250 Zeitungen gab es auch alte Fotos zu bestaunen und einen Infotisch mit aktuellem Material. Auf 35 Wandtafeln (für jedes Jahr

Planungstreffen, dem linken Projekt, an dem sich die SLP aktiv beteiligt. Wir haben am Fest Spaß mit Inhalt verbunden und uns vernetzt und werden das auch weiterhin tun, spätestens bei "Dangerous Ideas" in Linz, am 9. Dezember im Stuwe Jugendzentrum.

Alec Jakolic



Gemeinsam gegen Sexismus aufbrechen!

Am Mittwoch, den 16.11., protestierten AktivistInnen von Aufbruch, der SLP und Nicht mit mir gegen das sexistisch-rassistische Buch „Für ein freies Österreich“ des Brigittenauer FPÖ-Bezirksrats Michael Howanietz. Nachdem vor dem Bezirksamt eine Kundgebung abgehalten wurde, betreten wir den Saal noch vor dem Sitzungsbeginn und hielten von den BesucherInnensitzen Zettel mit den Grauslichkeiten des Buches hoch.

Aufbruch Aktivistin Anna Svec las Zitate vor und fügte hinzu: „Dies ist das Frauenbild der FPÖ. Darüber müssen wir sprechen.“ Die Sitzung wurde unterbrochen, viele BezirksrätInnen, v.a. der FPÖ, verließen den Saal, jedoch gab es auch Applaus. Krone, W24 und Österreich bejahten und zeigten so auf, wie rückschrittlich das Frauenbild der FPÖ ist.

Janina Lenz

(Aufbruch-Aktivistin)

Termin des Monats



Wir leben in bewegten Zeiten. Für MarxistInnen stellen sich zahlreiche Herausforderungen, die eine grundlegende Analyse des kapitalistischen Systems erfordern, aber auch den flexiblen taktischen Umgang in unterschiedlichen Situationen. Als internationaler Gast wird Sarah Sachs-Eldridge von der Socialist Party über das Corbyn-Phänomen und den Umgang britischer MarxistInnen damit berichten.

11/12.2.2017 in Wien: Seminar – Revolutionäre Taktik
Anmeldung unter slp@slp.at

Hans-Peter Haselsteiner verkörpert das, was MarxistInnen gerne den „weitsichtigeren Teil der Herrschenden“ nennen. Durchaus positiv wirkende Taten wie eine Großspende an Ute Bock, Forderung nach höherem Spitzensteuersatz oder Überlegungen zum „bedingungslosen Grundeinkommen“ bilden den Mythos von „Österreichs Antwort auf George Soros (reiferer Milliardär mit salonlinken Ambitionen)“ (Presse 2013). Und dennoch; Haselsteiner repräsentiert einen Flügel der kapitalistischen Elite. Er ist u.a. Großaktionär des Bauriesen STRABAG. Bau von Kernkraftwerken, illegale Preisabsprachen? Egal, die Salzburger

Rote Seitenblicke

Nachrichten feiern ihn als „Baulöwe mit Herz für Kunst“, da er „mit dem Kauf der Sammlung Essl als großer Retter in Erscheinung trat“. Aber das ist doch genau keine Kunst bei DEM Vermögen, dem privat angeeigneten Mehrwert der Arbeit von über 73.000 Beschäftigten!

Haselsteiner kann auch Politik. Unter „Nein zum Öxit“ vereint er mit Brigitte Ederer (ex-SPÖ-EU-Staatssekretärin, Siemens-Managerin) und ex-Raiffeisen-Generalanwalt Christian Konrad quasi die Mittelmächte des bürgerlichen Niedergangs. Das hat mit ernsthaftem Antifaschismus nichts zu tun. Ederer ärgert an Hofer und Trump, „dass man sich nicht auf sie verlassen könne“. Die Industriellenvereinigung (IV) sieht das anders und nimmt „Unzuverlässigkeiten“ in Kauf. Die STRABAG trat kürzlich aus der IV aus. Haselsteiner keck: „Kosten-Nutzen-Überlegung“. So läuft die Strategie-Debatte der Reichen & Mächtigen. Wir brauchen unsere eigene.

Franz Neuhold



Wer profitiert vom Ski-Rummel?

18 Grad im November sprechen gegen Wintersport. Schon in den letzten Jahren hatten Wintertourismus und Ski-Industrie mit den Auswirkungen des

liche Unterstützung, um entfallene Gewinne zu ersetzen. Schon vor Jahren beklagte die zuständige Gewerkschaft VIDA, dass die Unternehmen trotz

Aber auch als "Volks-sport Nr. 1" knickt der Wintertourismus zunehmend ein. Der Grund sind neben mangelnder Schneesicherheit v.a. stei-

nen. Die Branche reagiert mit Forderungen nach höheren Budgets für Tourismuswerbung.

Selbst bei den Skiorten gibt es aufgrund des Schnee-Mangels zunehmend Probleme. Waren früher die Rennen Anfang Dezember noch Zuschauer- und Einschaltmagneten, sinkt durch die Verschiebungen und Absagen das Interesse. Um den „Ski-Zirkus“ brauchen wir uns aber nicht zu sorgen. Notfalls bauen die Öl-Scheichs neben den Formel 1 Rennstrecken schnell ein paar Mega-Indoor-Skihallen und die Rennen finden dann in Dubai, Doha oder Katar statt. Hauptsache der Rubel rollt, fragt sich nur für wen.

Albert Kropf

Die Kosten der globalen Erwärmung tragen auch hier alle.

Klimawandels zu kämpfen: Ski-Rennen werden abgesagt, Pisten werden künstlich beschneit oder man weicht auf immer höhere Regionen aus. Den größeren Aufwand müssen dann Gemeinde oder Länder mitfinanzieren, damit der Wintertourismus am Laufen bleibt.

Daneben jammert die Wintersport-Industrie seit einiger Zeit auf hohem Niveau und verlangt staat-

ohnein niedriger Tourismuslöhne noch AMS-Lohnzuschüsse wie selbstverständlich einfordern. Das „unternehmerische Risiko“ wird wieder einmal auf dem Rücken der Gesellschaft abgeladen. Dass eine große Lobby im Hintergrund steht, zeigt sich auch daran, dass sich die Semesterferien mehr an der Bettenauslastung als an pädagogischen Argumenten orientieren.

gende Kosten: Ski, Ausrüstung, Hotels und Liftkarten übersteigen die Budgets vieler Menschen um ein Vielfaches. Die großen Skigebiete verkommen zu Treffpunkten der weltweiten Haute-Volée, wo die High-Society ihre angeblich so spärliche Freizeit mit Prunk und Glamour abfeiert. Die meisten von uns kennen diese Orte nur mehr von den TV-Übertragungen der Ski-Ren-

Wir, Daniel Blake

Tausende Menschen sind seit der Einführung von „Arbeitsfähigkeitsfeststellungen“ in Großbritannien obdachlos geworden oder in die Armut abgerutscht. Duncan Smith aus der Labour Party, der dieses Gesetz 2007 eingeführt hat, aber lebt in einer zwei Millionen Pfund Luxus-Villa. Regisseur Ken Loach und Produzentin Rebecca O'Brian zeigen mit dem Film „I, Daniel Blake“ das wahre und grausame Gesicht des Kapitalismus.

Die Geschichte handelt vom 59-jährigen Tischler Daniel Blake, der seit einem Herzinfarkt keine körperliche Arbeit mehr verrichten darf, da seine Herz-Arhythmie ihn sonst töten könnte. Gleichzeitig erhält er aber keinerlei Geld aus Pension oder Krankenpflege, weil er am Arbeitsmarkt als arbeitsunfähig eingestuft wird. Das Kappen der sozialen Sicherheitsnetze ist eine brutale Realität, die viele Menschen in Britannien, aber auch in Österreich,

am eigenen Leib erleben müssen. Viele ZuseherInnen weinten bei der Premiere des Filmes und ihnen stand die Empörung über diese Kürzungen ins Gesicht geschrieben.

Betroffenheit ist gut, aber zuwenig. Jeder Einzelne fühlt sich ohnmächtig gegen die Institutionen und ihre Brutalität. Aber es gibt auch gemeinsamen Widerstand, auch in Britannien, und der gehört organisiert und ausgebaut.

Stefan Brandl



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Die politische Krise spitzt sich zu

Seit 2011 erhebt das OGM-Institut regelmäßig das Vertrauen in Politik und PolitikerInnen. Besonders hoch war es nie, doch 2016 brachte die bisher extremsten Werte: 82% trauen der Politik wenig bis gar nicht, den PolitikerInnen selbst trauen sogar 89% nicht. Politische Institutionen – die Regierung, die Opposition, das Parlament und die Parteien – haben durch die Bank negative Vertrauenswerte. Kein Wunder: während unser aller Leben immer schwieriger wird, während Preise, Mieten und Arbeitslosigkeit steigen, während die Wirtschaftskrise unsere Zukunftschancen ruiniert, erfreuen sie sich weiter ihrer Privilegien und liefern sich Scheingehechte. Wenn sie tatsäch-

teressen: 12-Stundentag, radikaler Sozialabbau auf allen Ebenen und vieles mehr wird von Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer gefordert. Das bringt die etablierten Parteien unter Druck. Im Zwiespalt der Interessen zwischen Industriellen und der Bevölkerung wirken PolitikerInnen immer hilfloser. Denn eine komplette Umsetzung der Wünsche der Unternehmen wäre politischer Selbstmord.

Die Präsidentschaftskandidaten der Regierungsparteien erreichten jeweils nur ca. 12%. Der Niedergang der Großparteien hat tiefgreifende Folgen für die österreichische Politik. Die 2. Republik, wie wir sie kennen, als von SPÖ und ÖVP dominier-

tals entsprach und verzichtete auf einen konsequenten Kampf gegen die schwachen Herrschenden. Die 2. Republik wurde zum Verbände- und Parteienstaat, der von SPÖ und ÖVP co-gemanagt wurde. Sie verwuchsen immer mehr mit dem Staat. Proporz, Freunderlwirtschaft und Hawarapartie waren die Folgen. Als der Verfassungsgerichtshof die Wiederholung der Stichwahl aufgrund von Schlamereien bei der Wahlauszählung verordnete, legte er damit nur offen, was jahrzehntelang Normalität war. Die Krise der ehemaligen Großparteien zieht aufgrund ihrer engen Verwobenheit staatliche Institutionen mit in den Strudel. Die Farce um die Präsidentschaftswahl ent-

ihr entfremdet und sich im steigenden Prozentsatz der NichtwählerInnen wiederfindet. Andererseits erlaubt die aktuelle Situation der FPÖ, sich als einzige Alternative zum verrotten alten System zu präsentieren. Tatsächlich hat die FPÖ in der Vergangenheit immer dort, wo SPÖ und ÖVP sie etwas von der Macht mitnaschen ließen, sich genauso, wenn nicht noch gieriger und korrupter verhalten als die Großparteien. In Kärnten baute sie über jahrzehntelang korrupte Netzwerke auf. In der Blau-Schwarzen Regierung sickerte sie in Kammern und Institutionen ein. An der Macht erweist sie sich als die willigste Vollstreckerin der Interessen der kapitalistischen Eliten. Das zeigen

sie auf die FPÖ setzen. Die Mehrheit der Landesorganisationen der Industriellenvereinigung steht bereits hinter der FPÖ. SPÖ und ÖVP haben längst einen Anbieter-Wettlauf gestartet, wer mit der FPÖ als nächstes koalitiert. Keine dieser Koalitionsmöglichkeiten wird eine politische Stabilisierung bringen – und schon gar keine Verbesserungen für die große Mehrheit der Bevölkerung. Vor uns steht eine Periode der Instabilität und der vertieften wirtschaftlichen und politischen Krise. Die etablierte Politik wird zwischen den Forderungen der Herrschenden und der Unzufriedenheit der Bevölkerung zerrieben. Das birgt zahlreiche Gefahren – aber auch Möglichkeiten. Noch nie war die Notwendigkeit einer echten, linken Alternative so offensichtlich wie heute: Eine neue ArbeiterInnenpartei, die aus der Wut über dieses System und den Kämpfen dagegen wächst. Eine Partei, die nicht im politischen Zirkus mitspielt, sondern gegen jede Kürzung auf der Straße, im Betrieb, im Gemeinderat und im Parlament kämpft. Eine Partei, die für echte, sozialistische, Demokratie in allen Lebensbereichen kämpft. Eine solche Partei können und müssen wir jetzt aufbauen.

Sebastian Kugler &
Simon Stockhamer

Lange Zeit galt Österreich als Hafen politischer Stabilität. Dies ist nun vorbei.

lich eine Reform zustande bringen, bringt sie uns nur noch mehr Verschlechterungen und Kürzungen. Die etablierten Parteien haben uns nichts zu bieten, sie sind Lakaien den Banken und Konzernen. Doch auch diese sind mit ihren politischen Marionetten unzufrieden. In der Wirtschaftskrise steigt die Nachfrage der KapitalistInnen nach konsequenter Umsetzung ihrer In-

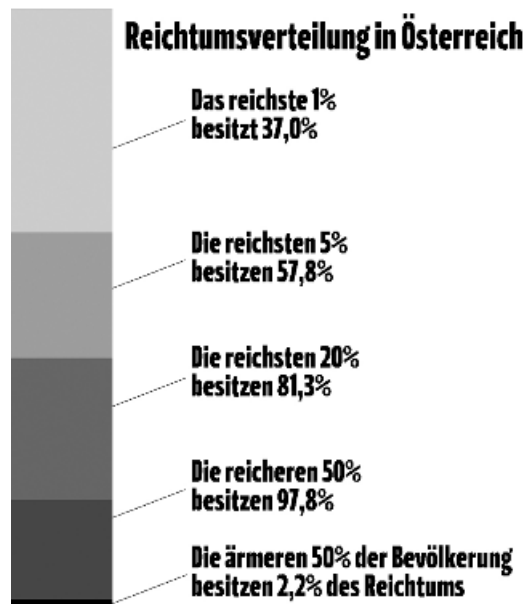
ter Proporzstaat, steht vor dem Ende. Österreich war nie ein besonders starker bürgerlicher Staat. Dazu fehlte die wirtschaftliche Stärke und eine machtvoll bürgerliche Klasse. Sowohl die 1. als auch die 2. Republik wurden auf Basis der Klassenkollaboration aufgebaut – die Führung der ArbeiterInnenbewegung half dem Bürgertum, einen Staat zu formen, der den Interessen des Kapi-

stand auch deswegen, weil der Verfassungsgerichtshof die Notbremse ziehen wollte, um nicht noch mehr Misstrauen in die Politik aufkommen zu lassen. Das Wahlkartendebakel machte ihm einen Strich durch die Rechnung.

Die Krise der österreichischen bürgerlichen Demokratie führt dazu, dass sich ein immer größerer Teil der Bevölkerung völlig von

ihre Angriffe auf die Mindestsicherung und ihre brutale Kürzungspolitik in Oberösterreich. Dass viele ihr das (noch!) durchgehen lassen, zeigt, wie unten durch die früheren Großparteien sind – und wie sehr eine linke Alternative fehlt.

Je unfähiger sich die „große Koalition“ erweist, die Forderungen der Herrschenden umzusetzen, desto mehr werden auch

Reichtumsverteilung in Österreich**Arm und reich in Österreich**

- **Ca. 1.551.000** Menschen, also 18,3% der Bevölkerung, waren 2015 in Österreich armutsgefährdet, haben pro Haushalt also weniger als 1.163€ (=60% des Medianeinkommens) im Monat zur Verfügung.
- **400.000 Kinder**, also 13%, sind von Armut betroffen. 43% davon haben kein Geld für Aktivitäten wie den Schul-Skikurs oder eine Fußballmannschaft. 10% dieser Kinder können kein Geburtstagsfest feiern. (Quelle: Statistik Austria)
- **Allein die reichsten 5** in Österreich geben ein Vermögen von 55,05Mrd.€ an. Das reichste Prozent der ÖsterreicherInnen verfügt über 38% des Vermögens und mehr als die unteren 90% gemeinsam. Das macht 470.000.000.000€! (Uni Linz)
- **Im reichen 1. Bezirk** in Wien kommen auf einen Arzt/Ärztin 36 EinwohnerInnen. Im ArbeiterInnenbezirk Favoriten ist das Verhältnis 1/713 und Simmering 1/738, also eine circa 20mal so schlechte medizinische Versorgung (Quelle: MA23).
- **Wer in der Gruppe** der geringsten Einkommen ist (bis 980€ netto) stirbt durchschnittlich zehn Jahre früher als Personen mit einem Einkommen ab 2450€ netto (Quelle: Robert Koch Institut).
- **Einkommen sind** sehr abhängig vom Bildungsabschluss. Dieser ist in Österreich besonders abhängig von dem der Eltern, er wird quasi vererbt: Nur 21% erreichen einen höheren Abschluss als ihre Eltern. Das liegt auch daran, dass je anspruchsvoller die Schulform ist, desto mehr Nachhilfe benötigt wird. 34% der SchülerInnen der AHS Oberstufe nahmen 2016 kostenpflichtige Nachhilfe in Anspruch. Circa 790€ pro Familie und Jahr wurden alleine für professionelle Nachhilfe ausgegeben, nicht eingerechnet ist die Nachhilfe aus dem Bekanntenkreis. Insgesamt waren das 2016 110 Millionen €! 13% der Kinder aus Familien mit einem Einkommen unter 1600€ netto bekamen Nachhilfe, 50% der Kinder aus Familien mit einem Einkommen über 2500€. (Quelle AK) Nachhilfe ist wohl inbegriffen bei der teuersten Privatschule in Österreich: 50.000€/Jahr muss bezahlen, wer ein Kind auf die „St. Gilgen International School“ schicken will.

2016 endet mit Kürzungen – 2017 soll es so weiter gehen

WirtschaftsforscherInnen sprechen von „Expansion“, „Wachstum“ und „Aufwärtstendenzen“. Sie sind nicht überzeugt? Die Bundesregierung zumindest baut auf die Analysen von WIFO&Co, die von Besucherrekorden der Tourismus-Saison

Ursache. Wie auch der Brexit – dessen wirtschaftliche Folgen noch unklar sind – und der nicht die Ursache, aber vielleicht ein Auslöser für weitere Einbrüche in Europa sein kann.

Gleichzeitig hat der Finanzsektor ähnliche Probleme wie vor 2008: Die US-

der seinen Normalzustand erreicht.

Krise und Stagnation bedeuten aber nicht gleich schlechte Zeiten für alle: Die großen Banken und Konzerne halten sich zwar mit Investitionen zurück, weil diese sich nicht lohnen. Aber auch in Österreich werden weiter Gewinne in Form von Dividenden und Boni an eine kleine Minderheit ausgezahlt. Die Zahl der MillionärInnen und das Vermögen der Superreichen steigen überproportional. Die Kluft zwischen Arm und Reich reißt mit extremer Beschleunigung immer weiter auf.

Da gibt es neue Kontoführungs- und Bankomatgebühren sowie Filialschließungen für die KonsumentInnen und tausende Kündigungen für die Beschäftigten – aber 5,2 Milliarden Gewinn für die Banken 2015.

Überhaupt bereiten sich die Herrschenden auf neue Angriffe für 2017 vor: Wirtschaftskammer-Chef Leitl macht in der laufenden Herbstlohnrunde und bei den Forderungen an die Regierung einen neuen Vorstoß für „Arbeitszeitflexibilisierung“. In Sachen „Lohnnebenkostensenkung“ finden die WirtschaftsvertreterInnen in der Politik willige Vollstrecker. Das ist aber nichts anderes als eine versteckte Lohnkürzung und Geld, das für die KapitalistInnen statt für Pensionen, Gesundheitsversorgung usw. eingesetzt wird. Laut Ärztekammer sollen 4,5 Milliarden im völlig unterfinanzierten

Die Herrschenden haben keine Lösungen – sie setzen auf zigfach gescheiterte Ideen.

2016 und steigendem Inlands-Konsum schreiben. Zweckoptimismus? Vermutlich, denn wären sie ehrlich, müssten sie zugeben, dass sie keine Lösungen haben.

Für die sehr exportabhängige österreichische Wirtschaft ist die internationale Wirtschaftslage zentral. Schauen wir über den österreichischen Tellerrand, gibt es mehrere Brandherde: Der wichtigste Handelspartner Österreichs ist die deutsche Wirtschaft. Deren wichtigstes Exportland sind die USA. Trumps Ankündigungen für z.B. höhere Zölle und Strafsteuern bremsen Importe. Angesichts der weltweiten Überproduktion und Überkapazitäten wären die Folgen für die deutsche Autoindustrie und die österreichischen Zulieferer (und ca. 450.000 davon abhängige Jobs!) schmerzhaft.

Auch andere Länder setzen verstärkt auf Abschottung der heimischen Wirtschaft. Lösen wird das freilich nichts, da es nur Symptome bekämpft, nicht die

Banken häufen faule Kredite in Billionen-Höhe an, mit denen wie vor der Finanzkrise spekuliert wird. Die italienische Bankenkrise ist der europäische Ausdruck desselben Problems: Italiens Regierung will vorerst 40 Milliarden Euro von der Europäischen Zentralbank. Und über ihre Mutterbank „UniCredit“ ist die Bank Austria mitten im Herzen dieser Krise dabei.

Die Herrschenden konnten keines der Probleme, das die Krise 2008 verursacht bzw. erzeugt hat, lösen. Krise wechselt sich ab mit Phasen der Stagnation, die „Aufschwünge“ sind minimal. Wir haben es nicht mit einer der „gewöhnlichen“ Konjunkturkrisen im Kapitalismus zu tun, die alle paar Jahre den Markt „reinigen“. Der Kapitalismus war über 60 Jahren in einer Art „Ausnahmestand“: der Nachkriegsaufschwung war gefolgt von profitablen Zeiten der Privatisierung und des Plünderns des ehemaligen Staatseigentums in Osteuropa. Doch nun hat er wie-



Gesundheitsbereich gekürzt werden. Das ist ein doppeltes Geschenk ans Kapital, das auf Lohnnebenkosten-Senkung hoffen darf und die aufreißenden Lücken mit privaten Konzernen füllen will. In Wien deutet sich in Sachen Krankenanstaltenverbund (KAV mit 30.000 Beschäftigte) eine schrittweise Privatisierung an.

Überhaupt sind Länder und Gemeinden wohl weiter die brutalsten Kürzer: Die Stadt Wien plant bis 2020 ein Budget ohne Neuverschuldung, also eine Ausgabenkürzung um ca.

ignoriert, dass die Mehrheit der EmpfängerInnen mit der Mindestsicherung ihre Niedriglöhne aufstocken muss. Selbst laut geschönter AMS-Berechnung liegt die Arbeitslosigkeit bei 9,2%, also knapp einer halben Millionen Menschen. Doch sind nur ca. 42.000 Stellen verfügbar. Wer Arbeitslosen die Verantwortung für ihre Arbeitslosigkeit gibt, lügt. Und wer sie mit mehr Druck und weniger Geld „motivieren“ will, macht die Lüge zur Politik. Ein österreichisches „Hartz IV“ jedenfalls, das derzeit von Leitl, Finanzminister

Niedriglohnbereich liegen, verschweigt uns das WIFO. Was hat die Zielpunktleite oder die von Alpine mit ArbeitsmigrantInnen zu tun? Nichts!

Eben weil die Krise eine ist, die im Wesen des Kapitalismus angelegt ist, sind die Lösungsversuche der Herrschenden allesamt wirkungslos und vergrößern die Kluft zwischen unten und oben. Hinter Kerns „New Deal“, von dem außer Ankündigungen noch nichts zu hören war, steckt die Hoffnung einiger Teile von Kapital und Politik, durch Förderung die Binnennachfrage anzukurbeln. Angedacht sind öffentliche Investitionen und Steuerenkungen. Nach 2008 ist genau das passiert: Dutzende funkelneue renovierte Bahnhöfe in Österreich sind ein Beispiel dafür. Mehr als ein Strohofer kam bei diesen Maßnahmen nie rum: Auch Bürgerliche geben zu, dass der Mini-Effekt der Lohnsteuersenkung schon wieder aufgebraucht ist.

Alles das müsste nicht sein. Es gibt nicht „zu wenig“. Armut und Arbeitslosigkeit sind keine Naturgesetze. Das System Kapitalismus ist nicht alternativlos, wie sie uns immer einbläuen wollen. 2017 muss nicht das Jahr von „weiter Richtung Abgrund“ werden, es könnte das Jahr des Widerstands werden. Dafür müssen wir uns organisieren und diesen Widerstand international aufbauen, denn Pessimismus nützt nur den Herrschenden.

Tilman M. Ruster

Bei den Bürgerlichen ist Plünder-Stimmung – Wer weiß, was kommt, versucht noch zu kassieren was geht.

570 Millionen Euro pro Jahr. Statt durch Steuern für Reiche auf mehr Einnahmen zu setzen, wird wieder beim Öffentlichen Dienst und den bereits ausgelagerten Bereichen gekürzt – also z.B. bei Kinder- und Jugendbetreuung, Gesundheitsversorgung, Pflege und Altenbetreuung, Umweltschutz etc.

Wo die Bundespolitik sich noch aufs Hetzen gegen Erwerbslose beschränkt und den Druck auf sie erhöht, gehen das schwarz-blaue Oberösterreich und das schwarze Niederösterreich mit der Kürzung bzw. „Deckelung“ der Mindestsicherung voran. Wer glaubt, die Mindestsicherung würde vom Arbeiten abhalten,

Schelling und Innenminister Sobotka gefordert wird, richtet sich nicht nur gegen Erwerbslose, sondern führt zu extremem Lohngefälle und Prekarisierung ganzer Branchen.

Und statt die im System Kapitalismus angelegten Ursachen für Arbeitslosigkeit zu benennen, versuchen die Herrschenden und ihre WirtschaftsforcherInnen unseren Blick abzulenken. So steige zwar die Arbeitslosigkeit bis 2019 laut WIFO weiter an, das läge aber an den ArbeitsmigrantInnen, die aus nicht genannten Gründen aber nur bis 2019 kämen. Dass seit Jahren auch österreichische Betriebe schließen und neu geschaffene Jobs meist im



Marx aktuell

Von Niedrigzinsen über Nullzinspolitik bis zur „Quantitativen Lockerung“: die StrategInnen von Kapital und Politik haben ihr geldpolitisches Pulver verschossen und nichts getroffen. Das Wachstum bleibt unter dem langjährigen Durchschnitt und die Krisenherde werden eher mehr, als dass sie abnehmen würden. Wenn Kern nun auf Kreisky macht, stellt sich auch die Frage nach der „guten alten Politik á la Kreisky“. Doch kann der Austrokeynesianismus die Krise lösen?

Der britische Wirtschaftsprofessor John Maynard Keynes nahm an, dass die Krisen des Kapitalismus auf marktwirtschaftlicher Basis beendet werden könnten. Dazu sollten die Staaten in Krisenzeiten auf Schuldenbasis Geld in die Wirtschaft pumpen, um diese Schulden in Boomzeiten durch höhere Steuereinnahmen abzubauen.

Kreiskys Wirtschaftspolitik – im Interesse des Kapitals

Keynes sah seine Theorie nie als links oder gar antikapitalistisch. Er wollte mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen den Kapitalismus stabilisieren. Der Austrokeynesianismus unterscheidet sich vom klassischen Keynesianismus in einigen Punkten. Doch das macht ihn nicht antikapitalistischer. Tatsächlich ist er ein Symptom für die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie.

Die Regierung Kreisky sah sich in den 1970er Jahren mit dem Ende des Nachkriegsaufschwungs konfrontiert. Darüberhinaus war die österreichische Wirtschaft im europäischen Vergleich weithin sehr veraltet. Die sozialdemokratische Alleinregierung ist durch eine Reihe von gesellschaftspolitischen Liberalisierungen wie SchülerInnenfreifahrt und Fortschritte bei Strafrecht und Frauenrechten in Erinnerung. Diese Maßnahmen wurden vom Kapital weitgehend unterstützt, wie sich auch an der Zustimmung der ÖVP für fast alle dieser Gesetze zeigte, während die Kosten sehr gering waren. Mit dem Eintreffen der Ölpreiskrise Anfang der 1970er Jahre begann die Politik des Austrokeynesianismus. Sie war von Anfang an nicht auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerichtet, sondern genauestens mit dem Kapital abgesprochen. Zum Abfedern der Hartwährungspolitik wurden Exportgarantien eingeführt, bei denen, ähnlich wie bei den Landeshaftungen im Fall Hypo, der Staat den Unternehmen das Risiko abnimmt. Solche und ähnliche Maßnahmen wurden durch Staatsverschuldung bezahlt – eine Suppe, die die ArbeiterInnen bis heute bei Budgetkürzungen auslöffeln müssen.

Kreisky setzte auch nicht auf Klassenkampf, sondern auf „sozialen Frieden“. Die unter SPÖ-Kontrolle stehenden Gewerkschaften standen auf „moderate“ Lohnforderungen. Neue Sozialmaßnahmen wurden noch unter Kreisky selbst wieder eingespart, doch die niedrigeren Reallöhne blieben.

Am Ende scheiterte der Austrokeynesianismus an dem Versuch, Krisen zu überwinden, ebenso wie der Keynesianismus in allen anderen Staaten. Der Grund dafür liegt in dem Fehler der keynesianischen Theorie, die Gründe für Krisen nur im Bereich der Verteilung der Waren anzusiedeln. Marx erkannte schon beinahe ein Jahrhundert zuvor „die allgemeinen Bedingungen der Krisen, soweit sie unabhängig von Preisschwankungen sind [...] müssen aus den allgemeinen Bedingungen der kapitalistischen Produktion zu entwickeln sein“. Um Krisen zu überwinden, muss der Kapitalismus als Ganzes überwunden werden.

Manuel Schwaiger



Oftmals hat man das Gefühl, es würde hierzulande nur bei den Rechten was weitergehen. Im internationalen Vergleich ist das Niveau der Klassenkämpfe tatsächlich noch gering. Doch das ist kein Naturgesetz. Die österreichische ArbeiterInnenklasse ist nicht weniger kampffähig, als die anderswo. Dies hat sie immer wieder gezeigt: u.a. in

nicht von der Zurückhaltung der Führung der Gewerkschaft GÖD, die die Nulllohnrunde akzeptierte, bremsen. Betriebsversammlungen und zwei de facto wilde Streiks mit mindestens 5.000 TeilnehmerInnen wurden von den Beschäftigten selbst organisiert. Die Landesregierung von SPÖ und ÖVP war zunächst nicht einmal zu Verhandlungen bereit.

nen, LehrerInnen und im Metallbereich gab es Mobilisierungen.

Dies sind einige Beispiele, die die Kampfbereitschaft österreichischer ArbeiterInnen zeigen. Ein beträchtlicher Teil der österreichischen ArbeiterInnenklasse kann und will sich Lohnkürzungen und Verschlechterungen bei Arbeitszeit sowie Arbeits-

ferfahrung zu sammeln, genommen wurden. Auch wenn die Erfahrung fehlt, ist der Wunsch, endlich was zu tun, groß. Als die GPA zur kleinen Aktion im Sozialbereich rief, wurde ein großer Protest daraus. Beim Metallstreik 2013 waren die KollegInnen wütend, dass die Gewerkschaft zu früh und für einen faulen Kompromiss den Arbeitskampf beendet hat. Auch diesmal wurde viel Säbel gerasselt, dann aber ein lauer Deal geschlossen, ohne die Beschäftigten darüber zu befragen. Viele KollegInnen sind von den symbolischen Dampf-Ablass-Aktionen genervt. Mit echten Kampfmaßnahmen, wie bundesweiten Streiks, wäre wesentlich mehr als 1,6% Lohnerhöhung drinnen gewesen. Doch dafür braucht es eine kämpferische und demokratische Gewerkschaft.

Überdeutlich ist auch, dass die etablierten Parteien nicht auf der Seite von Beschäftigten, Arbeitslosen und ihren Familien stehen. Der Wunsch nach Alternativen zur herrschenden Politik war dadurch bei allen Protesten breit vorhanden. Solange eine linke Alternative fehlt, kann es der FPÖ gelingen, diesen Unmut durch pseudosoziale Rhe-

torik für sich zu nutzen. Wenn wir also kämpferische und flächendeckende Proteste fordern, dann hat das zwei Gründe: Diese sind nötig, um die ständigen Verschlechterungen endlich zu stoppen UND um FPÖ & Co. zu stoppen. Dies gilt ebenso für eine neue ArbeiterInnenpartei. „So etwas wie eine Linke in Deutschland bräuchte es ja eigentlich.“, brachte es ein Landesbeschäftigter bei den Protesten in Salzburg auf den Punkt. Derzeit haben die Unternehmen sechs Parteien im Parlament, die ihre Interessen vertreten und unseren Lebensstandard angreifen – wir haben keine! Daher brauchen wir unsere eigene Organisation, mit der wir uns gegen diese Angriffe wehren und für Verbesserungen kämpfen können. Eine neue ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm kann eine entscheidende Rolle bei der Vernetzung und Ausweitung von Protesten spielen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass dies immer notwendiger wird. Also stecken wir den Kopf nicht in den Sand! Organisieren wir den Widerstand gegen Sozialabbau, Rassismus und die Politik für Superreiche.

Lukas Kastner

Oft hört man von zu wenig Protestbereitschaft in Österreich. Doch so einfach ist die Realität nicht.

den großen Streiks gegen die Lohn-Preisabkommen und die Sozialpartnerschaft in der Nachkriegszeit (mit dem Oktoberstreik als größten in der Geschichte der 2. Republik), mit wilden Streiks in den 1970ern, Massenprotesten gegen Privatisierungen und dem de facto Generalstreik gegen die Pensionsreform von Schwarz-Blau 2003. Auch in den letzten Jahren gab es immer wieder Massenproteste gegen Kürzungen. So protestierten 2011 Zehntausende in der Steiermark gegen Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich. In Salzburg setzten sich die Landesbediensteten 2012 erfolgreich gegen eine Nulllohnrunde zur Wehr. Dabei ließen sie sich

Nach den Protesten mussten sie einer Lohnerhöhung um 50 Euro monatlich zustimmen. Im selben Jahr starteten Flüchtlinge eine Protestbewegung gegen die miese Unterbringung, die Abschiebepolitik, sowie für den Zugang zu Arbeits- und Wohnungsmarkt. Diese konnte sich bis 2013 halten. Schon im Frühjahr 2013 streikten alle acht Ordensspitäler in Oberösterreich (mit 10.000 Beschäftigten) für eine Gehaltsanpassung an die Inflation. Allein in Linz gingen am 20. Februar 2013 2.000 KollegInnen auf die Straße. Auch 2015 kam es zu Protesten im Gesundheitsbereich mit mehreren hundert TeilnehmerInnen in Wien. Auch bei SchülerIn-

bedingungen nicht leisten.

Doch die Gewerkschaftsführung klammert sich immer noch an die Rockschoße der SPÖ und die längst tote Sozialpartnerschaft. Der ÖGB hatte sich schon bei seiner Gründung mit dem Kapitalismus abgefunden und seitdem eine Politik der Klassenzusammenarbeit betrieben. Streiks waren dabei nicht vorgesehen. „Gehts der Wirtschaft gut, geht's den ArbeiterInnen gut“ ist das reale ÖGB-Motto. Damit wurde aber nicht nur erreicht, dass seit Jahrzehnten eine Umverteilung von unten nach oben stattfindet, sondern auch, dass den ArbeiterInnen wichtige Möglichkeiten, Kampf-

Marokko: ein 2. Arabischer Frühling?

Fünf Jahre nach dem arabischen Frühling sind noch immer nicht die Forderungen erfüllt, die Jugendlichen und ArbeiterInnen damals aufstellten. Es herrschen noch immer Armut, Arbeitslosigkeit und Mangel an Demokratie. Die deutsche Zeitung TAZ schreibt: „Natürlich hat sich in den letzten Jahren vieles in Marokko verändert. Seien wir objektiv: Wir müssen es anerkennen. Es wurden Straßen gebaut, Häfen, das Bruttoinlandsprodukt steigt, und es gab Momente einer freien Presse.“ Es gibt im Maghreb insgesamt zwar über 9,2 Millionen Arbeitslose und die Mehrheit der Bevölkerung lebt in Armut, aber wenn es „Momente freier Presse“ gibt, reicht das der TAZ, offenbar. Den Menschen vor Ort nicht. Besonders verzweifelt sind die Jugendlichen. 2014 betrug die Jugendarbeitslosigkeit schon über 20%. Jugendliche sehen auch keinen wählbaren Kandidaten, nur 42% gingen zur Wahl. Jugendliche sind es aber auch, die jetzt auf die Straße gehen. Anfang des Jahres protestierten 350.000 Menschen gegen die Regierung. Diese reagierte die mit starker Repression v.a. gegen Jugendliche – doch das verstärkte die Wut und es kam zu landesweiten Pro-

testen. Im Herbst wurde ein Fischer von der Polizei in den Tod getrieben. Der Schwertfisch des Fischers wurde von der Polizei beschlagnahmt, da er illegal gefischt war, und in eine Müllpresse geworfen. Der Fischer sprang dem Fisch nach, um seine Lebensgrundlage zu retten. Währenddessen rief die Polizei dem Arbeiter, der für die Presse verantwortlich war, zu er solle den Müll pressen. Der Fischer wurde vor den Augen der Menschen zerquetscht. Ein Video davon ging im Internet viral. Die Umstände in Marokko sind so fatal, dass sie Menschen zu solchen Aktionen treiben. Am Wochenende darauf gingen zehntausende Menschen mit Slogans wie „Zerquetscht ihn“ auf die Straße, um gegen den König aufzutreten. Sie forderten wieder eine Revolution. Die Proteste schlugen auch auf andere Länder um. In Ägypten protestieren die Jugendlichen ebenfalls gegen die massive Jugendarbeitslosigkeit von 30%. Auch dort gingen auch nur mehr 16% der Jugendlichen zur Wahl. Dieses System hat der Jugend im Maghreb nichts mehr zu bieten. Sie können eine neue, wirkliche Revolution lostreten.

Peter Hauer



Handyverbot an Schulen

Worum geht es in der Kampagne?

Moritz: Gegen das Handyverbot an unserer Schule

zept in der Sitzung abgelehnt, obwohl die SchülerInnen die absolute Mehrheit an der Schule sind!

Salzburger SchülerInnen gegen Handyverbot: Für gezielten, nicht wahllosen Einsatz.

le haben SchülerInnenvertretung, KlassensprecherInnen und SchülerInnenkomitee ein Konzept ausgearbeitet, mit dem wir in den Schulgemeinschaftsausschuss SGA gegangen sind. Der Direktor (nicht stimmberechtigt) hat dagegen massiv Stimmung bei den Eltern und LehrerInnen gemacht. Darauf wurde das Kon-

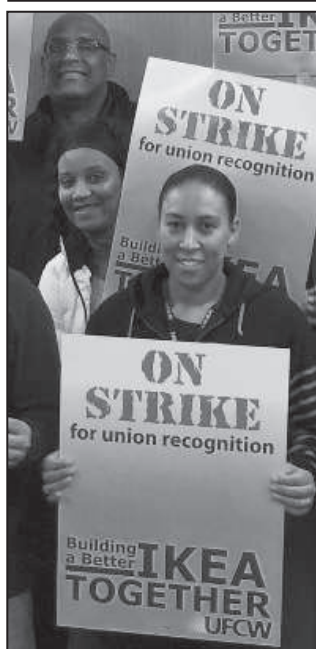
Wie sieht euer Vorschlag für Umgang mit Handys aus?

Für Hausübungen, Zeitplanung und E-Mails sind Handies sehr nützlich. OberstuflerInnen vernachlässigen soziale Kontakte, etc. nicht aufgrund des Handys. Für die Unterstufe haben wir Handyzonen vorgeschlagen, sowie die Nutzung in den Freistunden. Während der

Stunde bzw. in den Pausen (außerhalb der Handyzonen) muss das Handy weggeräumt sein. OberstuflerInnen dürfen das Handy in den Pausen benutzen, nur nicht während der Stunde.

Welche Aktionen plant ihr im Rahmen eurer Kampagne?

Damit unser Konzept im SGA durchgeht, brauchen wir mindestens 50%. Wir müssen LehrerInnen- bzw. ElternvertreterInnen von dem Konzept überzeugen. Wir starten jetzt mal mit Unterschriftenlisten. Um möglichst viele SchülerInnen zu erreichen, sind ein Komiteetreffen und eine SchülerInnenvollversammlung geplant.



Über nette Chefs bzw. die Illusion von Freundschaft

Per du mit dem Chef ist Trend in vielen Firmen. Das stellt Beschäftigte scheinbar auf Augenhöhe mit den Vorgesetzten. Natürlich gibt es nette Chefs, zu denen man ein gutes Verhältnis haben kann. Das ändert aber nichts daran, was beide Seiten ausmacht. Bei den unterschiedlichen Interessen in jedem Arbeitsverhältnis kommt man mit den Vorgesetzten nicht zusammen. Die Unternehmer wollen möglichst viel Profit bei möglichst nied-

rigen Kosten. Wir wollen ein möglichst großes Stück vom Kuchen, dabei die Arbeitsbelastung aber unten halten. Das freundschaftliche „Du“ soll Konflikte wie diesen verwischen und Widerstand im Namen der Freundschaft zurückhalten. Unsere einzige Möglichkeit, um für alle Verbesserungen zu erlangen, ist keine Freundschaft mit dem Chef, sondern die Solidarität mit den KollegInnen.

Thomas Hauer

Held des Monats



Ein 17-jähriger Ire wurde wegen Freiheitsberaubung verurteilt – weil er an einem Protest gegen Wassergebühren teilnahm, der das Auto der Vizekanzlerin behinderte. Die Verurteilung ist blanke Klassenjustiz – sie wollen die Bewegung gegen die Gebühren einschüchtern. Das CWI Irland organisiert Solidarität.



Die Wahl von Trump schockte Millionen weltweit. Sie war der Gipfelpunkt eines Wahlzyklus, in dem sich einfache Menschen gegen das politische Establishment und seine neoliberaler Agenda auflehnten. Die Wahl hat Parallelen zum Brexit-Votum in Britannien und ist ein weiterer Indikator für die politische Krise der herrschenden Klassen

nie Ausdruck eines Wunsches nach Veränderung, eine Protestwahl gegen die Clinton-Dynastie und den Status Quo. Trumps Sieg zeigt, dass das Zweiparteien-System bankrott ist.

Trump gewann in Staaten, in denen gleichzeitig bei Referenda Marihuana legalisiert und der Mindestlohn angehoben wurde. Diese Ergebnis-

weil er für die Interessen des Kapitals inakzeptabel war und die Erwartungen der ArbeiterInnenklasse zu hoch angehoben hätte.

Schlussendlich blieben auch Millionen zuhause – sie hatten nur die Wahl zwischen den zwei unpopulärsten KandidatInnen in der US-Geschichte. 61% der WählerInnen misstrauten Trump, 54%

ten von Russland und in Asien von China herausgefordert. Andererseits hat Trump bereits angekündigt, Wall Street Banken zu deregulieren und Steuererleichterungen für Superreiche umzusetzen. Ein Goldman Sachs Manager meinte, es ginge ein Scherz in Bankerkreisen herum, dass sie für Trump geworben hätten, wenn sie gewusst hätten, wie seine Politik aussieht.

Nur einen Tag nach der Niederlage der Demokraten riefen diese, allen voran Obama und Clinton selbst, dazu auf, Trump eine Chance zu geben – und riefen damit zur Einheit mit einem Mann auf, der offen mit sexueller Gewalt angibt.

Socialist Alternative dagegen kämpft für den Aufbau einer massiven Widerstandsbewegung gegen Trumps gefährliche Agenda. Die Demokraten werden die ArbeiterInnenklasse nicht gegen seine Politik verteidigen. In den Tagen nach der Wahl hatte SALT große Proteste im ganzen Land mitinitiiert, 5000 in Minneapolis, 10.000 in New York und Boston. Insgesamt brachten wir mehr als 40.000 Menschen gegen Trump auf die Straße.

Während die Demokraten für Einheit hinter ihrer kaputten Partei aufrufen,

die für die Interessen des Kapitals angetreten war und verloren hatte, rufen wir für Einheit im Kampf aller sozialer Bewegungen auf – angefangen bei Black Lives Matter, über den Kampf für Rechte von MigrantInnen, die Frauenbewegung und die Gewerkschaftsbewegung. Trumps Sieg repräsentiert die „Peitsche der Konterrevolution“. Es wird Provokationen geben, die Millionen zur Verteidigung ihrer Rechte in Aktion zwingen werden. Jene, die in der vergangenen Periode radikalisiert worden sind, müssen ihre Anstrengungen verdoppeln, eine wirkliche Massenbewegung aufzubauen, die unabhängig von der Kontrolle durch das Kapital ist. Für Trumps Inauguration am 21.1. ruft SALT zu Massenprotesten auf. Es gibt Potential, um sozialistische Kräfte aufzubauen. Um dieser Bewegung eine Stimme zu geben und wirkliche Veränderung zu erkämpfen, brauchen wir eine neue, unabhängige Partei der 99%, die für eine sozialistische Gesellschaft kämpft, die jungen Menschen eine Zukunft ohne Rassismus und Sexismus bietet.

Ginger Jentzen

Socialist Alternative,
Minneapolis

www.socialistalternative.org

Die mächtigste Herrschende Klasse der Welt ist in einer schweren Krise. Das muss die Linke nutzen.

in den USA und in Europa. Alle Institutionen des Kapitalismus stehen vor einer tiefen Legitimationskrise.

Trump trat mit einer der reaktionärsten Kampagnen der US-Geschichte an, die Rechtsextremen im ganzen Land einen massiven Selbstvertrauensschub gab. Sie werden weiter versuchen, unzufriedene Schichten der weißen ArbeiterInnenklasse anzusprechen. Das ist eine gefährliche Entwicklung für die US-Gesellschaft. Socialist Alternative (SALT) widerspricht aber der Behauptung, dass der Großteil der weißen ArbeiterInnenklasse Trumps Rassismus und Sexismus teilt. Die Wahl Trumps war in erster Li-

se, gemeinsam mit der Black Lives Matter-Bewegung und der breiten Unterstützung für den 15 Dollar Mindestlohn zeigen, dass auch ein Linksrück im Bewusstsein von vielen stattgefunden hat, der nicht einfach rückgängig gemacht werden kann. Millionen junger Menschen unterstützten Bernie Sanders Anti-Establishment Kampagne für freien Zugang zu Hochschulbildung und einen bundesweiten 15 Dollar Mindestlohn. Seine Kampagne hatte 220 Millionen Dollar durch Kleinspenden aufgestellt – und zwar ohne die Unterstützung der Konzerne. Die Demokraten fochten einen harten Kampf, um Bernie zu besiegen,

dachten dasselbe über Clinton. Millionen benutzten die Wahl um den Demokraten und dem Establishment der Republikaner einen Denkmittel zu verpassen – in verzerrter Art und Weise. Aber Trump könnte seine Unterstützer enttäuschen. Eine Mauer zu bauen wird nicht die Millionen guter Jobs schaffen, die nötig sind, um jene wettzumachen, die durch Automatisierung und Handelsdeals verloren gehen. Die herrschende Klasse sieht eine Präsidentschaft Trumps als potentiell schädlich für die Interessen des US-Imperialismus in einer Zeit, in der der Einfluss der USA weltweit schwindet. Sie werden besonders im Nahen Os-

Imperialismus im Abgrund Aleppo

Wie viele Menschen bisher in den Trümmern der ehemals größten Stadt Syriens den Tod gefunden haben, weiß niemand. Schätzungen reichen von 40-60.000. Alle Beteiligten haben massive Verbrechen an der Zivilbevölkerung zu verantworten. Während sich die Aufmerksamkeit westlicher Medien auf die Barbarei des „Islamischen Staates“ konzentriert, tobt rund um Aleppo ein Stellvertreterkrieg, der die Grausamkeit des syrischen Bürgerkriegs ebenso wie seine Unlösbarkeit im Rahmen der imperialistischen Ordnung verdeutlicht. Die Ausweglosigkeit liegt u.a. darin, dass keine der beteiligten Kräfte in der Lage ist, einen militärischen, geschweige denn politischen Sieg davonzutragen. Jedes Mal, wenn bisher der Sieg einer Seite möglich erschien, führte dies zu einer weiteren Eskalation (z.B. den sunnitischen Milizionären folgten schiitische, dem russischen Bombardement antworteten US-Bomber etc.). Dazu kommen die Interessen der lokalen Regimes in der Türkei, Saudi Arabien, Iran, Qatar etc. Für den Großteil der Bevölkerung vor Ort bietet keiner der Beteiligten irgendeine Option für Frieden und ein menschenwürdiges Leben.

Sowohl der US- als auch der russische Imperialismus haben profitable Interessen, die sie in Syrien verteidigen. Beide wissen, dass der Krieg nicht gewonnen werden kann und sehen das Land lieber komplett in Trümmern als der anderen Seite einen Vorteil zuzugestehen. Dabei sehen sich beide Seiten auch im Konflikt mit dem IS und Al-Qaida und bevorzugen die „Stabilität“ des unentschiedenen Bürgerkriegs als ein neues „Gleichgewicht des Schreckens“.

Die syrische Bevölkerung hat weder vom russischen noch vom amerikanischen Imperialismus etwas zu erwarten. Die einzige Chance, Frieden zu bringen und den Menschen in Aleppo und Syrien ein menschenwürdiges Leben zu schaffen, liegt bei der internationalen ArbeiterInnenbewegung. Angefangen von lokalen nicht-sektierischen Selbstverteidigungskomitees in der Region, bis hin zur Bewegung gegen Erdoğan, hin zu Protesten gegen die Kriegspolitik von Putin und Obama-Trump. Als SozialistInnen müssen wir den aufkommenden Protesten und Bewegungen in der Region eine sozialistische Perspektive geben. Der Bürgerkrieg ist international; das muss die Antwort auf ihn auch sein.

Georg Maier



Fidel über Castros Tod

Der Tod Fidel Castros hat eine neue Welle von „antikommunistischer“ Propaganda in bürgerlichen Medien losgetreten. Von „Falter“ bis „Presse“ werden

zialismus bzw. Kommunismus gleichzusetzen, um so pauschal sozialistische Ideen durch den Dreck zu ziehen. Denn viele (junge) Menschen sind auf der Su-

lien regiert ein Regime, das nie gewählt wurde. In Mexiko werden protestierende StudentInnen gekidnappt und streikende LehrerInnen erschossen. Auf Kuba selbst betreiben die USA in Guantanamo das einzige Foltercamp. Dafür ist aber kein Platz in bürgerlichen Zeitungen.

Denn trotz aller Missstände, die die stalinistische Bürokratie auf Kuba zur Folge hat, ist die Revolution von 1959 ein Referenzpunkt für viele, die auf der Suche nach einer Alternative zum kapitalistischen Wahnsinn sind. Das gilt auch für die russische Revolution, die sich 2017 zum 100. Mal jährt: Diese Ereignisse sind für das Kapital gefährlich und sollen diskreditiert werden.

Flo Klabacher

Mit Diktatoren haben die Bürgerlichen in der Regel kein Problem.

Mit Linken schon.

Folter, Diktatur und wirtschaftlicher Niedergang als Beweise für das „Versagen des Kommunismus“ geführt und eine schnellere Öffnung der kubanischen Wirtschaft für kapitalistische Investitionen gefordert.

Ganz bewusst wird versucht, Stalinismus mit So-

che nach einer Alternative zum Kapitalismus. Krisen, Kriege, Umweltzerstörung und kein Ende in Sicht – der Kapitalismus zeigt uns täglich, dass er die Probleme nicht lösen kann.

Alles, was an Kuba ver-teufelt wird, gehört anderswo zur kapitalistischen Normalität: In Brasi-

Antifaschistische Mobilisierung Britanniens: Socialism 2016

Am 12. November nahmen Mitglieder von Rättvissepartiet Sozialisterna, der Schwesterorganisation der SLP in Schweden, bei einer 6000 Menschen starken Anti-Nazi-Demonstration in Stockholm teil. Die CWI-Mitglieder Elin Gauffin und Ntobuah Julius Mvenyi waren dabei neben GewerkschafterInnen und anderen Linken unter den RednerInnen. Der Protest der schwedischen AntifaschistIn-

nen richtete sich dabei gezielt gegen eine Demonstration von 600 Nazis – die bisher größte faschistische Demonstration in Stockholm. Im Vorfeld des Protestes war gegen den Aufmarsch der Rechtsextremen auf breiter Ebene mobilisiert worden, was letztlich zum Erfolg der antifaschistischen Demonstration führte. RS Mitglieder verkauften 150 Zeitungen.

www.sosialisterna.org

Vom 12. bis 13. November fand in London die Socialism 2016- Konferenz der Socialist Party (CWI in Britannien) statt. Über 1.000 Interessierte und AktivistInnen nahmen teil. Höhepunkt war der Samstag – am Podium sprachen u.a. Darletta Scruggs (Sozialistin aus den USA) darüber wie Trump gestoppt werden kann und Juan Ignacio Ramos (Generalsekretär von Izquierda Revolucionaria in Spanien) über die SchülerInnenstreiks

in Spanien. Anna Palumbo, Wohnungs-Aktivistin in London sprach über den erfolgreichen Protest gegen Delogierungen. Am Sonntag debattierte u.a. SP Generalsekretär (und ehemaliger Militant Aktivist) Peter Taaffe mit Channel 4 Journalist Michael Crick über dessen Buch „Militant“ – die Geschichte und Ideen der Organisation bekommen durch die Debatte um Corbyn breite Aufmerksamkeit.

www.socialistparty.org.uk

Taiwan

International Socialist Forward (CWI in Taiwan) hielt Mitte November ein Gründungstreffen mit mehr als 30 Teilnehmenden in Taipeh ab. Neben den RednerInnen aus Taiwan waren bei dem historischen Treffen auch internationale RednerInnen, AktivistInnen aus Hongkong sowie VertreterInnen der Nanshan Gewerkschaft der Versicherungsangestellten vertreten.

socialisttw.wordpress.com

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)



Die Sozialdemokratie, der Staat und das Kapital

Helmut Schmidt, ehemaliger deutscher Kanzler und Vorsitzender der SPD meinte im Interview: „Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen“ und brachte damit das sozialdemokratische Selbstverständnis als „ideeller Gesamtkapitalist“ auf den Punkt. Visionen – wie etwa die einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung – haben da keinen Platz.

er-, Währungs- und Lohnpolitik unterschiedlich. Der Staat muss das kapitalistische Gesamtinteresse im Auge behalten.

Die Sozialdemokratie konnte und kann genau diese Rolle des Gesamtkapitalisten seit jeher besser ausfüllen als die diversen bürgerlichen Parteien; denn diese vertreten einzelne Kapitalfraktionen, oder sind – wie etwa die ÖVP – gebremst durch ihre

Führung „staatstragend“ an die Seite des Kapitals, wie Leo Trotzki 1929 bemerkt: „Sie bot dem angeschlagenen Privateigentum ein demokratisches Refugium. Während der ganzen Nachkriegszeit war sie somit das wichtigste Instrument der bürgerlichen Herrschaft über die Arbeiterklasse.“ (Die österreichische Krise, die Sozialdemokratie und der Kommunismus) An die-

aufbau fehlte. Die moderne und effektive Verstaatlichte subventionierte das heimische Privatkapital mit Milliarden. Und die (Re-)Privatisierung ist im §3 Verstaatlichungsgesetz von Anfang an vorgesehen. „Das Verstaatlichungsgesetz brachte der Sozialistischen Partei einen rein optischen Erfolg, der österreichischen Bourgeoisie die Festigung des kapitalistischen Sys-

Arbeitsrecht durch, das massive Verschlechterungen für die ArbeiterInnenklasse bringt – und nützt dazu u.a. einen monatelangen Ausnahmezustand.

Der Festigung dieses Systems dient auch die „Sozialpartnerschaft“, deren Zweck nichts als die Erhaltung des „sozialen Friedens“ ist – zumeist auf Kosten der ArbeitnehmerInnen. Spätestens mit dem „Managerkanzler“ Franz Vranitzky und dem Abbröckeln der klassischen ArbeiterInnenklasse von der SPÖ ist die Verbürgerlichung derselben zu Beginn der 1990er Jahre vollzogen. Parteigranden finden sich nach ihrer politischen „Karriere“ in den Vorstandsetagen nicht nur staatsnaher Unternehmen wieder: Brigitte Ederer etwa bei Siemens, Boehringer Ingelheim, Infineon, Schoeller-Bleckmann und Wien Holding, oder Viktor Klima als Chef von VW in Argentinien.

Von und mit „GenossInnen“ dieses Schlages ist auf dem „Weg zum Sozialismus“ nichts zu erwarten. Dazu braucht es eine starke linke Partei mit klaren Perspektiven, die über den Status Quo des Kapitalismus hinausgehen. Sozialistische Visionen sind gefragt – mehr, denn je. Und eine Kampfpartei, die deren Umsetzung erkämpft.

Alexander Svojtko

Warum die Sozialdemokratie nicht zum Sozialismus führen kann. Und auch nicht will.

„Die soziale Revolution“, schrieb der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer schon 1919, „darf die kapitalistische Organisation der Gütererzeugung nicht zerstören...“ (Der Weg zum Sozialismus) Die stets staatstragende Rolle der Sozialdemokratie machte sie in Regierungsverantwortung zum effektiven Träger der zentralen Aufgabe des bürgerlichen Staates. „Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist.“ schreibt Engels (Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft). Klein- und Großunternehmen, Bauern und Industrie, export- und importorientierte Betriebe setzen ihre Prioritäten bezüglich Steu-

Struktur, wo die Begehrlichkeiten ihrer „Bünde“ (Wirtschafts-, Bauern-, Arbeiter und Angestelltenbund etc.) einander widerstreben.

Die reformistische Sozialdemokratie stützt und schützt das Kapital in seiner Gesamtheit; und geht den Weg von einer ArbeiterInnenpartei mit bürgerlicher Führung zur verbürgerlichten Partei. Als es im Jänner 1918 zum bis heute größten Streik kommt und Rufe nach einer Räterepublik laut werden, ist es die sozialdemokratische Parteispitze, die den drohenden Aufstand abwürgt: „Die Steigerung des Streiks zur Revolution konnten wir nicht wollen.“ (Otto Bauer: Die österreichische Revolution, 1923) Auch in der 1. Republik stellt sich die Partei-

sem gesamtkapitalistischen Kurs hält die Sozialdemokratie selbst dann fest, als einzelne Kapitalfraktionen ihr Heil schon im Faschismus suchen – was ab 1933 mit der Zerschlagung der organisierten ArbeiterInnenbewegung endet.

Ihrer fatalen Linie bleibt die Sozialdemokratie auch nach 1945 treu. Selbst da, wo die SPÖ scheinbar „sozialistisch“ handelt, tut sie das bei genauerem Hinsehen im Interesse des Kapitals. So hatten die Verstaatlichungen nach 1945 das Ziel, Betriebe dem Zugriff der Sowjetunion zu entziehen. In staatliches Eigentum kamen Unternehmen, bei denen (Nazi)KapitalistInnen abhanden gekommen waren bzw. Kapital zum Wieder-

tems“, bemerkt der sozialistische Politiker Erwin Scharf. Auch Kreisky vollzog die Modernisierung der österreichischen Industrie in Rücksprache mit der Industriellenvereinigung und auf Kosten von niedrigen Löhnen. Seit den 1990er Jahren waren SozialdemokratInnen verantwortlich für Privatisierungen, die dem Kapital neue Investitionsmöglichkeiten gaben, sowie für die Senkung von Lohnkosten. Gerhard Schröder (SPD) brachte mit der „Agenda 2010“ Hartz IV und 1-Euro-Jobs, Tony Blair (New Labour) reformierte das britische Gesundheitssystem und Bildungssystem wie auch den öffentlichen Verkehr „marktorientiert“ zu Tode. In Frankreich peitschte Francois Hollande (PS) jüngst sein

Der aktuelle SLP-Lesetipp

Seit 35 Jahren arbeitet das CWI in Österreich. Zu diesem Anlass haben wir unsere „Parteigeschichte“ aktualisiert und neu herausgegeben. Die Verbürgerlichung der SPÖ und die Notwendigkeit, eine neue ArbeiterInnen-

sind oder nicht, wird aufgezeigt. Eine umfangreiche Zeittafel gibt Beispiele von Kampagnen, Demonstrationen, Interventionen, Veranstaltungen und Konferenzen in über drei Jahrzehnten. Unsere Ursprünge in den ersten

um, aufzulisten, wer was wann wo gesagt hat, es ist keine Geschichte großer Männer oder Frauen, sondern zeigt auf, wie sozialistische Politik in der Praxis geschieht und funktionieren kann. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit stellt also ein Instrument für die kommenden Jahre dar. Die Partei ist das „kollektive Gedächtnis“ – hilft also mit, dass wir als AktivistInnen nicht bei jeder Bewegung bei Null anfangen müssen, nicht jeden Fehler neu machen müssen, sondern dass wir aus den Lehren und Erfolgen unserer VorkämpferInnen lernen können.

Keine faulen Kompromisse – Vorwärts zum Sozialismus: Ein historischer Abriss unserer Arbeit und Methoden
rund 100 Seiten
erscheint Anfang 2017

Keine faulen Kompromisse – Vorwärts zum Sozialismus: Ein historischer Abriss unserer Arbeit und Methoden

partei aufzubauen ziehen sich wie ein roter Faden durch unsere Geschichte. Wie arbeiten wir in Gewerkschaften und Betriebsräten, wie in Bewegungen gegen Rassismus und Sexismus. Dass es einen Unterschied macht, ob SozialistInnen mit den Methoden der SLP aktiv

vier Internationalen der ArbeiterInnenbewegung stellen den ideologischen Rahmen. Die Rolle unserer Zeitung Vorwärts, unser Umgang mit dem bürgerlichen Staat und Wahlen finden ebenso Platz wie Beispiele aus unserer Jugend- und Frauenarbeit. Es geht nicht dar-

Mitglied sein kostet – doch zahlt sich aus!

Die SLP finanziert sich aus dem Verkauf von Zeitung und Broschüren – und aus den Beiträgen unserer Mitglieder. Bei den etablierten Parteien ist der Mitgliedsbeitrag oft ein symbolischer Betrag – bei der Wiener FPÖ zahlt man etwa 1,80€ im Monat. Sie sind nicht auf Mitglieder angewiesen, denn sie bekommen Geld von Banken, Konzernen und Staat. Bei der SLP gibt jedeR so viel sie/er kann. Niemand

von uns hat auch nur einen Euro zu viel, doch wir zahlen alle unseren Beitrag. Wir wissen: wer für die Interessen der ArbeiterInnenklasse kämpft, darf sich nicht von KapitalistInnen finanzieren lassen. Die Beiträge gehen 1:1 in die politische Arbeit der SLP – sie ermöglichen es uns erst, Kampagnen zu führen und soziale Kämpfe zu unterstützen. Es kommen stürmische Zeiten auf uns zu – eine

FPÖ-Regierungsbeteiligung und damit verstärkte Repression gegen Linke ist sehr wahrscheinlich. Gleichzeitig wird unsere Arbeit umso wichtiger. Deswegen wollen wir unsere Mitgliedsbeiträge erhöhen, um für kommende Herausforderungen gewappnet zu sein. Auch Nicht-Mitglieder können uns mit einem Dauerauftrag über 5.-, 10.- oder mehr Euro monatlich unterstützen!

Spenden für die linke Opposition gegen Erdogan

Mit der bewährten Mischung aus Propaganda und Repression versucht die Regierung Erdogan Proteste gegen die autoräre Umwandlung des Staats zu verhindern. Angstmachen vor „den Kurden“ soll die ArbeiterInnen spalten. Sozialist Alternatif, die Schwesterorganisation der SLP in der Türkei/Kurdistan, setzt sich für Klasseneinheit unter allen ArbeiterInnen ein, um gemeinsam für eine sozia-

listische Alternative zum Erdogan-Staat und dem Kapitalismus zu kämpfen. Diese gefährliche Arbeit kostet Geld, z.B. für den Druck ihres Magazins oder Fahrtkosten. Die SLP will diese Arbeit unterstützen und braucht dafür Deine Hilfe:

IBAN: AT256000000008812733
BIC: OPSKATWW
Verwendungszweck: „Sozialist Alternatif“

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Habert Café'
Salzkammergut Einkaufspark

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Restaurant Rondo'
Marienplatz 1

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung 'Libreria Utopia'
15., Preysinggasse 26 – 28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Brigittenau-Ost
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20., Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau-West
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im SLP-Büro
20., Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

Zahlreiche Termine und Veranstaltungshinweise auf www.slp.at



Andere über uns

WOCHENBLICK

OBERÖSTERREICH POLITIK STIL REDAKTION WOCHENZEITUNG ABO



Das rechtsextreme FPÖ-Tarnblatt „Wochenblick“ hetzte gegen die Demonstrationen anlässlich der Verhaftungen linker AktivistInnen und ParlamentarierInnen in der Türkei – und stellt sich damit auf die Seite Erdogans. Die „Schuld“ an den Solidaritätsprotesten geben sie der SLP. Dazu bekennen wir uns gerne. Wir werden auch weiterhin Widerstand gegen FPÖ, Erdogan und ihre arbeiterrInnenfeindliche Politik aufbauen!

Gibt es nicht aus Profitstreben; gibt es aus Überzeugung.



> Berichte
> Analysen
> Hintergründe
aus sozialistischer Sicht.

VORWÄRTS jetzt abonnieren!



Normal-Abo: € 24.-
Sozial-Abo: € 14.-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7.-/Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 256000000008812733
BIC: OPSKATWW

www.slp.at | slp@slp.at | [f /slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)



Der Kampf gegen Rechts geht weiter!

Trotz des Dämpfers bei der Wahl: Im Windschatten der FPÖ formieren sich gewaltbereite Rechtsextreme.

Die Erleichterung, dass kein Rechtsextremer in die Hofburg einzieht, ist verständlich – aber trügerisch. Die FPÖ ist nach wie vor im Aufwind. Abgehobenheit und Kürzungspolitik der Regierung werden sie weiter stärken. Die FPÖ dominiert die politische Debatte und wird wohl in der nächsten Regierung sitzen. In ihrem Fahrwasser gewinnen Rechtsextreme und neofaschistische Gruppen an Selbstvertrauen. Im Netz explodiert der Hass von rechts. Doch es

ging nie nur um Hasspostings: Im ersten Halbjahr 2016 gab es mindestens 24 Angriffe auf Asylheimen. Seit Jahren steigt die Zahl rechtsextremer Gewalttaten rasant an, 2015 auf 1.156 dokumentierte Fälle – die Zahlen von 2016 werden noch alarmieren. Nach einer Phase der Zurückhaltung während des Wahlkampfes droht nun die Zunahme rechtsextremer Aktivitäten. Im Wahlkampf waren viele gegen Hofer aktiv. Sie können Teil des künftigen Widerstandes sein.

Das bedeutet konsequente Kampagnen gegen die FPÖ und andere Rechtsextreme auf der Straße, in Betrieben, beim AMS, in Schulen, Lehrwerkstätten und Unis – aber auch eine klare Absage an den „Anti“-Rassismus des Establishments und einen Kampf gegen seine Kürzungspolitik. Für uns gibt es keine Winterruhe. Bauen wir jetzt eine starke Alternative zu Rassismus und Sozialabbau auf!

Sebastian Kugler



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.